

**DEPARTEMENT  
VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES**

**EANHÖRUNG: IHRE STELLUNGNAHME**

*Dieses Dokument zeigt Ihnen Ihre notierten Angaben aus dem Online-Fragebogen. Es wird automatisch generiert.*

---

| <b>Details</b>            |   |
|---------------------------|---|
| Name der eAnhörung        | Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRPG); Änderung |
| PDF-Dokument generiert am | 18.11.2022 09:28  |
| Stellungnahme von:        | Sozialdemokratische Partei Aargau   |

## **FRAGEBOGEN ZUR ANHÖRUNG**

**Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRPG); Änderung**

### **Anhörungsdauer**

Die Anhörung dauert vom 19. August 2022 bis 18. November 2022.

### **Inhalt**

Die vorliegende Revision des VRPG beinhaltet Klärungen, Verbesserungen und Ergänzungen einzelner Bestimmungen aufgrund der Praxiserfahrungen in der Anwendung des Gesetzes. Im Weiteren sollen mit dieser Vorlage das Dolmetscherwesen professionalisiert und die rechtlichen Grundlagen geschaffen respektive angepasst werden für die weitere Umsetzung der digitalen Transformation der kantonalen Verwaltung.

Die vollständigen Unterlagen zur Vorlage und zur Anhörung sind zu finden unter [www.ag.ch/anhörungen](http://www.ag.ch/anhörungen).

### **Auskunftsperson**

Bei inhaltlichen Fragen zur Anhörung können Sie sich an die folgende Stelle wenden:

#### **KANTON AARGAU**

Departement Volkswirtschaft und Inneres

Volker Studer

Stellvertretender Leiter Rechtsdienst

Generalsekretariat

062 835 16 19

[volker.studer@ag.ch](mailto:volker.studer@ag.ch)

## Angaben zu Ihrer Stellungnahme

### Sie nehmen an dieser Anhörung im Namen einer Organisation teil.

Wenn Ihnen unten bereits Daten angezeigt werden, sind Ihre Angaben bereits hinterlegt. Sie können die Daten bei Bedarf überschreiben und so die Angaben korrigieren. Wichtig: Wenn Sie bspw. die E-Mail-Adresse ändern, wird fortan die neue von Ihnen notierte E-Mail-Adresse für den E-Mail-Versand für eine Anhörungseinladung verwendet!

Wenn Ihnen noch keine Angaben angezeigt werden, geben Sie bitte unten Ihre entsprechenden Kontaktdaten ein. Die notierten Angaben werden hinterlegt und Ihnen in weiteren Teilnahmen an eAnhörungen automatisch angezeigt.

#### Adressblock - Ihre Angaben

|                       |                                   |
|-----------------------|-----------------------------------|
| Name der Organisation | Sozialdemokratische Partei Aargau |
| E-Mail                |                                   |

#### Zuständige Person bei inhaltlichen Rückfragen

*Bitte notieren*

|          |                           |
|----------|---------------------------|
| Vorname  | Claudia                   |
| Nachname | Rohrer                    |
| E-Mail   | claudia.rohrer@bluewin.ch |

## Fragen zur Anhörungsvorlage

### Allgemeine Verfahrensthemen:

#### Frage 1

Sind Sie damit einverstanden, dass bei Massenverfahren die Behörde neu eine Zustelladresse bezeichnen kann (vgl. § 15b Abs. 1bis VRPG)?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

### Bemerkungen zur Frage 1

#### Frage 2

Sind Sie einverstanden, dass das Institut der Mediation eigenständig und damit prominenter geregelt werden soll (vgl. § 19a VRPG)?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

## Bemerkungen zur Frage 2

### Frage 3

**Sind Sie mit der Regelung des Zwischenentscheides gemäss § 20a VRPG einverstanden? Bitte wählen Sie eine Antwort aus:**

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

## Bemerkungen zur Frage 3

### Frage 4

**Sind Sie damit einverstanden, dass die instruierende Behörde das Verfahren aussetzen kann, wenn Gründe der Zweckmässigkeit oder der Prozessökonomie dies gebieten (vgl. § 20b VRPG)?**

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

#### Bemerkungen zur Frage 4

#### Frage 5

**Sind Sie mit der Regelung des Dolmetscherwesens, die zu einer Professionalisierung führen soll, einverstanden (vgl. § 24a VRPG sowie entsprechende Fremdänderungen)?**

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

#### Bemerkungen zur Frage 5

#### Frage 6

**Sind Sie damit einverstanden, dass Parteien Verfahrens- und Parteikosten, welche sie aufgrund trölerischem Verhalten verursacht haben, selber bezahlen müssen (vgl. § 31c Abs. 5 und § 32d Abs. 4 VRPG)?**

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

## Bemerkungen zur Frage 6

### Frage 7

**Sind Sie mit der Regelung in § 70 Abs. 1bis VRPG einverstanden, mit welcher auf den abschliessenden Charakter des Verwaltungsgerichtsentscheids unter der genannten Voraussetzung hingewiesen wird?**

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

## Bemerkungen zur Frage 7

Ob ein Entscheid vom Bundesgericht angefochten werden kann oder nicht, ist bundesrechtlich geregelt. Es ist nicht üblich, dass im kantonalen Recht diese Bestimmungen abgebildet werden. Die Ergänzung ist unnötig und nicht stufengerecht.

### Frage 8

**Sind Sie mit der Verlängerung der Beschwerdefristen für Stimmrechts-, Wahl- und Abstimmungsbeschwerden auf kommunaler Ebene von 3 Tagen auf 10 Tage einverstanden (vgl. § 68 Abs. 2 GPR)?**

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen

- keine Angabe

#### Bemerkungen zur Frage 8

Innerhalb der SP gibt es auch Stimmen, die diese Haltung nicht teilen. Für die Gemeinden sind die kurzen Fristen meist einfacher umzusetzen. Ich sehe dies aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger und drei Tage sind viel zu kurz.

#### Frage 9

**Sind Sie damit einverstanden, dass die kantonale Schlichtungsstelle für Personalfragen zukünftig auch für das Personal von Gemeinden, Gemeindeverbänden und anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften zuständig sein soll (vgl. § 48 PersG)?**

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

#### Bemerkungen zur Frage 9

#### Frage 10

**Sind Sie damit einverstanden, dass die Kostenlosigkeit der Gemeindebeschwerde ausdrücklich geregelt wird (vgl. § 107 Abs. 3bis GG)?**

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen

- völlig dagegen
- keine Angabe

#### **Bemerkungen zur Frage 10**

#### **Frage 11**

**Sind Sie damit einverstanden, dass die Regelung in § 60 Abs. 2 BauV, wonach Anträge der Einwendung im Beschwerdeverfahren nicht mehr erweitert werden können, auf Gesetzesstufe gehoben werden soll (vgl. § 4 Abs. 2bis BauG)?**

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

#### **Bemerkungen zur Frage 11**

Bei Baugesuchsverfahren können private Betroffene unkompliziert Einwendungen abgeben. Es folgt eine Einwandverhandlung, an welcher unter Umständen bessere Lösungen gefunden werden. Anschliessend entscheidet der Gemeinderat. Eine Beschwerde gegen den Entscheid kann nur erheben, wer bereits Einwendungen erhoben hat. Diese Einschränkung reicht aus. Wird ihren Einwendungen nicht entsprochen, kann sie mit Fachpersonen den Entscheid prüfen und ihr Beschwerderecht darf nicht eingeschränkt werden. Die Einwendungen sind Ausfluss des rechtlichen Gehörs von Betroffenen, dort müssen noch nicht sämtliche Themen abgehandelt werden. Die heutige Regelung der Einschränkung des rechtlichen Gehörs auf Stufe Verordnung halte ich persönlich für verfassungswidrig (CR).

**Digitalisierungsthemen:**

**Frage 12**

**Sind Sie mit den in § 7a VRPG festgehaltenen Voraussetzungen für den elektronischen Rechtsverkehr (qualifizierter elektronischer Zugang, zuverlässige Zuordnung zu absendenden Partei, evtl. Nachreichung in Papierform) einverstanden?**

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

**Bemerkungen zur Frage 12**

Das Bundesgesetz unterscheidet zwischen Schriftform und digitaler Eingabe. Es gibt keinen Grund, dass der Kanton Aargau eine neue Definition setzt. Vgl. Art. 34 Abs. 1 VwVG, wonach die Behörde dem Parteien Verfugungen schriftlich eröffnet. Mit dem Einverständnis der Partei können Verfugungen elektronisch eröffnet werden. Sie sind mit einer elektronischen Signatur gemäss Bundesgesetz vom 18. März 201671 über die elektronische Signatur zu versehen. Hier ist klar definiert, schriftlich oder elektronisch. Der Aargau führt neu aus (vgl. Seite 17 des Anhörungsberichts), dass schriftlich nicht unbedingt Papierform bedeute. Die Formulierung ist nicht konsistent und sollte vom Bund übernommen werden. Gemäss Bundesrecht ist das Nachreichen von elektronischen Eingaben in Papierform nur bei technischen Problemen möglich, dies sollte übernommen werden.

**Frage 13**

**Sind Sie damit einverstanden, dass der Regierungsrat die Einzelheiten des elektronischen Verkehrs durch Verordnung regeln soll (vgl. § 7a Abs. 3 VRPG)?**

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen

- keine Angabe

#### Bemerkungen zur Frage 13

Jedoch wäre es wünschenswert, wenn der Kanton sich an die Regelung des Bundes anschliessen würde und keine Alleingänge geht.

#### Frage 14

**Sind Sie mit der Regelung der vollautomatisierten Entscheide (vgl. §§ 37a-37d VRPG) einverstanden?**

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

#### Bemerkungen zur Frage 14

Das automatisierte Verfassen von Entscheiden lehnt die SP generell ab. Die Rechtssuchenden und Betroffenen haben ein Recht, von einer Behörde (vertreten durch eine Sachbearbeiterin oder einen Sachbearbeiter) angehört zu werden. Computer und Programme sollen Menschen unterstützen und nicht über Menschen und deren Anliegen entscheiden.

#### Frage 15

**Sind Sie damit einverstanden, dass Baugesuche und Nutzungspläne auch in elektronischer Form publiziert und öffentlich aufgelegt werden können (vgl. § 3a BauG)?**

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen

- völlig dagegen
- keine Angabe

**Bemerkungen zur Frage 15**

Auf der nachfolgenden Seite erhalten Sie Gelegenheit, Schlussbemerkungen zur vorliegenden Anhörung zu notieren.

Bitte beachten Sie: Ihre Stellungnahme wird erst eingereicht, wenn Sie anschliessend auf den Button "Antworten abschicken" klicken! Vorher wird Ihre Stellungnahme nicht übermittelt.

## **Schlussbemerkungen**